

Aktuelle Trends

*Martin T. W. Rosenfeld/Franz Barjak/
Peter Franz/Gerhard Heimpold*

Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt:
empirischer Befund und politische Empfehlungen

Udo Ludwig/Bärbel Laschke

Ostdeutsche Industrieunternehmen gehen mit
Optimismus in das Jahr 2001

Siegfried Beer

Branchenskizze: Ostdeutsches Verlags- und
Druckgewerbe

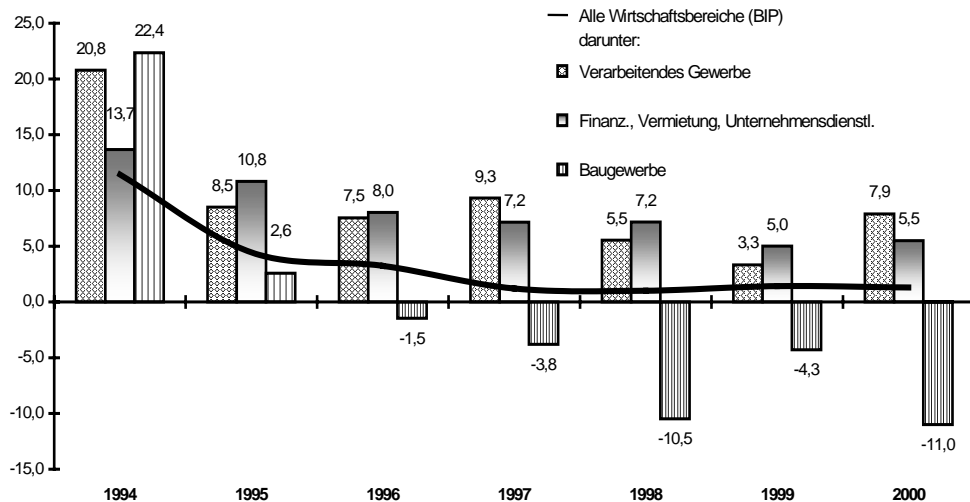
3/2001

28.02.2001, 7. Jahrgang

Aktuelle Trends

Trotz kräftigen Wachstums der Industrie im Jahr 2000 erneut schwache gesamtwirtschaftliche Expansion Ostdeutschlands

- Veränderung der Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (ohne Berlin) gegenüber Vorjahr in % -



Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistische Landesämter; IWH-Schätzungen.

Entgegen vielen Prognosen hat sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Ostdeutschland im Jahr 2000 nicht verstärkt. Die sogenannte Schnellrechnung des Arbeitskreises VGR der Länder hat für die fünf ostdeutschen Flächenländer einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von nur 1,3%, nach (korrigiertem) 1,4% für das Jahr 1999, ergeben. Spitzenreiter war das Land Thüringen mit 2,1%, Schlusslicht das Land Brandenburg mit nur 0,3% Zuwachs. Damit blieb das Wachstum in Ostdeutschland nicht nur das vierte Jahr in Folge hinter dem in Westdeutschland zurück, der Abstand hat sich sogar vergrößert. Das Bruttoinlandsprodukt stieg in den alten Bundesländern (ohne Berlin) mit 3,4 % mehr als doppelt so stark wie in Ostdeutschland.

Das geringe Wachstum der Gesamtwirtschaft in Ostdeutschland im Jahr 2000 beruhte wie in den vergangenen Jahren vor allem auf den gegenläufigen Entwicklungen zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Baugewerbe. Ein überaus kräftiger Nachfrage- und Produktionseinbruch sorgte im Baugewerbe aller ostdeutschen Länder für einen sprunghaften Rückgang der Wertschöpfung, der laut IWH-Schätzung sogar noch über dem drastischen Fall im Jahr 1998 lag. Obwohl damit die Leistung des Baugewerbes in den letzten fünf Jahren um reichlich ein Viertel geschrumpft ist, blieb sein Anteil an der Wertschöpfung in Ostdeutschland mit zehn Prozent noch groß genug, um die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion gravierend zu beeinträchtigen.

Dagegen hat sich das Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe, dem dynamischsten Wirtschaftszweig Ostdeutschlands, mit einem Plus von fast 8 % erwartungsgemäß beschleunigt und übertraf den Anstieg der industriellen Wertschöpfung in Westdeutschland um zwei Prozentpunkte. Auch hier führt Thüringen die Liste der Länder an. Mit rund 11% liegt es sogar an der Spitze aller ost- und westdeutschen Länder. Vom exportgeleiteten Aufschwung in Deutschland haben im Osten vor allem die Hersteller von Vorleistungsgütern profitiert. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich in den letzten zehn Jahren zwar reichlich verdoppelt, mit einem Anteil von gut 14% an ihrer gesamtwirtschaftlichen Größe schlägt das Wachstum in diesem Sektor wegen rückläufiger Entwicklungen in anderen Bereichen jedoch nicht auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch. Die unternehmensnahen Dienstleister haben ihren kräftigen Wachstumskurs gehalten.

Udo Ludwig (ldw@iwh-halle.de)

Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt: empirischer Befund und politische Empfehlungen

Trotz unverändert gleichartiger wirtschaftlicher Grundprobleme in ganz Ostdeutschland gibt es mittlerweile zwischen den einzelnen Ländern und Regionen teilweise erhebliche Unterschiede bei den Bedingungen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Um wirtschaftspolitische Empfehlungen geben zu können, sind deshalb differenzierte empirische Untersuchungen für die einzelnen Länder und ihre Teilräume erforderlich. Der vorliegende Beitrag behandelt diese Aufgabenstellung am Beispiel des Landes Sachsen-Anhalt.

Mit einer Vielzahl von Indikatoren wird herausgearbeitet, welche spezifischen Stärken und Schwächen die Wirtschaft des Landes und seiner Teilräume aufweist. Die besonders herausragende Stärke des Landes sind die hohen privaten Investitionen, mit denen in den vergangenen zehn Jahren ein moderner Sachkapitalbestand aufgebaut wurde. Eine weitere wesentliche Stärke des Landes sind die Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen. Neben diesen eindeutigen Stärken gibt es in Sachsen-Anhalt eine Reihe von „ambivalenten“ Wachstumsfaktoren, die sich sowohl durch Stärken als auch durch Schwächen auszeichnen. Hierzu gehören die Infrastruktur sowie die Situation wichtiger Wirtschaftszweige und -branchen im Lande. Die Schwächen der sachsen-anhaltinischen Wirtschaftsstruktur kommen vor allem in der Ausstattung des Landes mit Humankapital und unternehmerischer Initiative sowie bei der Forschung und Entwicklung in Unternehmen zum Ausdruck.

Die angeführten Stärken des Landes schlagen sich bislang nur unzureichend im wirtschaftlichen Gesamtergebnis des Landes nieder. Um zu einer Verbesserung zu gelangen, wird eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorgeschlagen. Unter anderem sollte für das Land ein klares wirtschaftspolitisches Leitbild entwickelt werden, das sich entweder an den Stärken des Landes oder an der Beseitigung besonderer Schwächen orientieren könnte. Mit Hilfe eines solchen Leitbildes wird auch ein konzentrierter Einsatz der verschiedenen wirtschaftspolitischen Instrumente möglich. Diese sollten nicht nur inhaltlich auf einzelne Wachstumsfaktoren konzentriert werden, sondern auch räumlich auf die wirtschaftlich stärkeren Regionen, weil damit größere Wachstumseffekte für das Land insgesamt erreicht werden können. Die sehr günstige Ausstattung des Landes mit öffentlichen Forschungseinrichtungen sollte noch stärker als bislang für die Verbesserung der Wirtschafts-

struktur nutzbar gemacht werden, etwa durch eine weitere Stärkung der anwendungsbezogenen Forschung gegenüber der Grundlagenforschung, wobei eine Ausrichtung der öffentlichen Forschung an der gegebenen sektoralen Wirtschaftsstruktur überlegt werden könnte. Schließlich sollte das Land noch stärker als bisher versuchen, mit Hilfe von verschiedenen Maßnahmen die unternehmerische Initiative in Sachsen-Anhalt zu verbessern, z. B. durch die Einführung eines wirtschaftskundlichen Unterrichts in den Schulen.

Trotz unverändert gleichartiger Grundprobleme in ganz Ostdeutschland ist beim Entwurf von wirtschaftspolitischen Strategien zunehmend zu berücksichtigen, dass sich die Bedingungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung zwischen den einzelnen Ländern und ihren Teilräumen teilweise erheblich unterscheiden. Demgemäß sollte der Einsatz wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Beeinflussung dieser Entwicklung räumlich differenziert erfolgen. Hinweise darauf, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen jeweils am geeignetsten sind, lassen sich nur mit Hilfe von differenzierten empirischen Untersuchungen geben, mit welchen die strukturellen Stärken und Schwächen der einzelnen Länder und Regionen herausgearbeitet werden. Der vorliegende Beitrag behandelt diese aktuelle regionalökonomische Aufgabenstellung am Beispiel der Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt und für den Zeitraum der Jahre 1995-1999.¹

Der Beitrag beginnt mit theoretischen Überlegungen zur Strukturierung der für die regionale Wirtschaftsentwicklung relevanten Faktoren. Anschließend werden die Entwicklung der regionalen Wohlfahrt sowie die wichtigsten Stärken und Schwächen ihrer Determinanten untersucht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es auch ambivalente Determinanten der Wirtschaftsentwicklung gibt, die nicht eindeutig als Stärken oder als Schwächen einzustufen sind, bei denen es also sowohl positive als auch negative Befunde gibt. Zusätzlich wird untersucht, wie sich die Stärken, Schwächen sowie

¹ Der Beitrag basiert auf einem Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt, das im Dezember 2000 abgeschlossen wurde. Vgl. ROSENFELD, M. T. W.; BARJAK, F.; FRANZ, P.; HEIMPOLD, G.; SCHULTZ, B.: Regionale Wirtschaftsstrukturen in der zweiten Phase der ostdeutschen Transformation: Sachsen-Anhalt 1995-1999. IWH-Sonderheft 1/2001, Halle.

die ambivalenten Faktoren der Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt auf die Teilräume des Landes verteilen. Auf der Grundlage der Analyseergebnisse werden schließlich Empfehlungen für die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik im Lande gegeben.

Überlegungen zur Erfassung der regionalen Wohlfahrt und ihrer Determinanten

Für eine empirische Ermittlung der Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses von Regionen stellt die Vorstellung eine geeignete Grundlage dar, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis einer Region analog zum Produktionsergebnis eines Unternehmens als regionaler „Output“ verstehen lässt. Dieser ergibt sich durch die Kombination der effektiv genutzten regionalen Wachstumsfaktoren („Inputfaktoren“), die in der jeweils betrachteten Region zur Verfügung stehen. Der aktuelle regionale „Output“ ist Ausdruck des wirtschaftlichen Ergebnisses oder der Wohlfahrt einer Region.

Die *regionale Wohlfahrt* kann nicht ohne weiteres gemessen werden, weil sie sich nicht auf eine einzige Größe reduzieren lässt und neben monetären Komponenten (z. B. den Arbeitseinkommen) auch zahlreiche nicht-monetäre Komponenten aufweist (z. B. Arbeitsmöglichkeiten, Umweltqualität, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten). Folglich erscheint es zweckmäßig, zur behelfsmäßigen Erfassung der Wohlfahrt ein System von Indikatoren heranzuziehen, das so gut wie möglich die zentralen Komponenten abbildet – in der vorliegenden Analyse sind dies das monetäre Einkommen, die Arbeitsmöglichkeiten und die Mobilität der Bevölkerung. Eine Region wird als um so wohlhabender eingestuft, je höhere monetäre Einkommen in ihr erwirtschaftet werden, je höher das Beschäftigungsniveau, je niedriger das Unterbeschäftigungsniveau und je größer die Wanderungsgewinne sind. Eine Gewichtung dieser Wohlfahrtskomponenten ist nicht möglich.

Da alle vorgestellten Komponenten der Wohlfahrt auf einer vergangenheitsbezogenen Betrachtung aufbauen und nur sehr beschränkt etwas über die zukünftige Entwicklung aussagen, muss eine Analyse, welche die zukünftige Wohlfahrtsentwicklung abschätzen möchte, auch die regionalen Inputfaktoren durch Indikatoren abbilden. Als *regionale Wohlfahrtsdeterminanten* werden die Faktoren Humankapital, privates Sachkapital, technisches Wissen und Infrastruktur berücksichtigt. Zusätzlich werden die sektorale Struktur der Wirt-

schaft, das Ausmaß unternehmerischer Initiative, die Verflechtungen zwischen Unternehmen und die Betriebsgröße als weitere regionale Wohlfahrtsdeterminanten betrachtet. Zwischen diesen Faktoren gibt es zahlreiche Komplementaritäts- und Substitutionsbeziehungen. So kann etwa das Humankapital partiell durch Sachkapital ersetzt werden. Beide Faktoren benötigen sich aber gegenseitig stets in einem gewissen Mindestumfang, der vom Stand der Technik abhängt. Auch für die zur Abbildung der Wachstumsdeterminanten herangezogenen Indikatoren ist eine Gewichtung nicht durchführbar.

Im Rahmen der Analyse werden die Wohlfahrtskomponenten und die Wohlfahrtsdeterminanten jeweils durch eine Vielzahl von Indikatoren operationalisiert.² Freilich kann ein derart umfassendes Indikatorensystem nicht immer frei von Widersprüchen sein, und es ist an die Grenzen der Datenverfügbarkeit gebunden. Es ermöglicht jedoch einen problemorientierten Blick auf die wirtschaftliche Situation in Sachsen-Anhalt, seinen Wirtschaftszweigen und Regionen.

Wirtschaftliches Ergebnis

Das wirtschaftliche Ergebnis (die Wohlfahrt) des Landes Sachsen-Anhalt wurde mit einem Indikatoren-Set von monetären (BIP pro Einwohner, Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) und nicht-monetären Komponenten (Erwerbstätigen-, Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquote, Salden von Zu- und Fortzügen sowie Ein- und Auspendlern) gemessen. Hinsichtlich seines Pro-Kopf-Einkommens von 30 000 DM lag Sachsen-Anhalt unter, hinsichtlich seiner Bruttowertschöpfung (BWS) je Erwerbstätigen von 71 500 DM über dem Durchschnitt der neuen Länder insgesamt (vgl. Tabelle 1). Bei beiden Indikatoren wies das Land mit 12,6% (BIP) bzw. 16,7% (BWS) überdurchschnittliche Zuwachsraten für den Zeitraum 1995-1999 auf.

Der Anteil der im ersten Arbeitsmarkt Beschäftigten an den Einwohnern war 1998 in Sachsen-Anhalt niedriger als in allen anderen neuen Ländern (389 reguläre Erwerbstätige je 1 000 Einwohner in Sachsen-Anhalt gegenüber 412 im Durch-

² Die Zuordnung der Indikatoren zu Wohlfahrtskomponenten oder zu Wohlfahrtsdeterminanten dient in erster Linie der Übersichtlichkeit der Analyse, vielfach können die Indikatoren unterschiedlich interpretiert werden; beispielsweise die Arbeitslosenquote sagt sowohl etwas zu den Arbeitsmöglichkeiten in einer Region (Wohlfahrtskomponente) als auch zur Entwertung des Humankapitals (Wohlfahrtsdeterminante) aus.

Tabelle 1:
Ausgewählte Indikatoren für das Land Sachsen-Anhalt im Ländervergleich

Bezeichnung des Indikators	Maßeinheit	Zeitraum/ Zeitpunkt	Land/Region						
			Sachsen- Anhalt	Brand- enburg	Meckl.- Vorp.	Sachsen	Thü- ringen	Neue Länder ^d	Alte Länder ^e
Bruttoinlandsprodukt	DM je Einwohner	1999	30 018	30 734	31 060	31 560	31 030	31 034	49 840
Bruttowertschöpfung	DM je Erwerbstätigen	1999	71 487	72 074	71 172	69 451	69 242	70 476	105 315
Arbeitslosenquote	%	1999	21,7	18,7	19,4	18,6	16,5	19,0	9,8
Unterbeschäftigungsquote	Unterbeschäftigte je 100 Erwerbs- personen	1999	26,2	21,3	24,4	21,6	21,6	22,8	-
	Veränderung in %	1999/1995	14,1	8,9	10,1	12,2	22,1	13,1	-
Wanderungssaldo	Zuzüge-Fortzüge je 10 000 Einwohner	1998	-51	101	-21	-25	-20	-5	13
Modifizierte Erwerbstätigenquote	Erwerbstätige im regulären Arbeitsmarkt ^h je 1 000 Einwohner	1999	389	427	400	416	421	412	444
Anteil der Beschäftigten mit Berufsausbildung, ohne Abitur, an den Beschäftigten des Landes insgesamt	%	1999	70,2	64,1	65,9	66,1	69,1	67,0	59,0
Anteil der Beschäftigten mit (Fach-) Hochschulabschluss an den Beschäftigten des Landes insgesamt	%	1999	8,1	9,2	8,4	11,8	10,4	9,9	7,7
Betriebliche Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ^a	DM je Einwohner	1991-1998	10 827	8 311	5 216	7 772	6 836	6 987	9 803
Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an den betrieblichen Gesamt- investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ^a	% (betriebliche Gesamtinves- titionen = 100)	1991-1998 Jahres- durch- schnitt	82,0	79,7	68,9	79,0	76,3	78,6	85,3
GRW-geförderte gewerbliche Investitionen	DM je Einwohner	1999	1 567	1 371	1 251	1 203	1 118	1 295	^f
Patentanmeldungen	je 100 000 Einwohner	1995-1999	76	68	52	107	125	90	323
Gesamtausgaben der Hochschulen	DM je Einwohner	1995-1998	2 560	996	2 752	2 510	2 075	2 199	2 322
Zahl der Professoren in Relation zur Zahl der Studierenden	je 1 000 Studenten ^b	1998	32	26	34	29	30	30	20
Relation der Einnahmen aus Drittmitteln zu Einnahmen aus Grundmitteln im Hochschulbereich	% (Einnahmen aus Grundmitteln =100)	1995-1998	9,4	7,7	7,8	13,8	8,5	10,5	16,4
überörtliche Straßen insgesamt	km pro qkm	1999	0,521	0,425	0,419	0,741	0,630	0,526	0,702
Bundesautobahnen	km pro qkm	1999	0,010	0,026	0,010	0,023	0,015	0,017	0,037
Investitionen für den Bundesfernstraßenbau ^g	DM je Einwohner	1991-1999	1 316	2 096	1 428	1 149	1 350	1 554	743
	1 000 DM je qkm		176	182	112	285	209	204	185
Bestand an IHK-zugehörigen Unternehmen	je 10 000 Einwohner	1.1.2000	308	355	356	371	385	356	450
Nettogewerbeanmeldungen ^c	je 10 000 Einwohner	1996-1999 darunter 1999	26,6 -0,5	63,4 11,2	65,6 10,9	67,0 12,9	29,2 4,8	51,8 8,4	54,0 9,2

^a Einbezogen sind die Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Die sektorale Zuordnung der Investitionen für die Jahre 1991-1994 fußt auf der SYPRO-Klassifikation, die Zuordnung ab 1995 auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93). – ^b Die Professorenzahl 1998 ist ins Verhältnis zur Studentenzahl im Wintersemester 1998/99 gesetzt. – ^c Nettogewerbeanmeldungen = Gewerbeanmeldungen ./ Gewerbeabmeldungen. – ^d Ohne Berlin Ost. – ^e Nur Flächenländer. – ^f Wegen nicht vergleichbarer Förderkonditionen für die neuen Länder und für die alten Länder kein Ausweis von Daten für die alten Länder. – ^g Ist-Angaben, einschließlich Projekte Aufschwung Ost (1991, 1992) sowie Projekte Deutsche Einheit. – ^h Erwerbstätige insgesamt minus ABM-Beschäftigte. – ⁱ Unterbeschäftigte = Arbeitslose plus Beschäftigte in ABM und SAM plus Kurzarbeiter (in Vollzeit-Äquivalenten) plus Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (in Vollzeitäquivalenten).

Quellen: Bundesamt für Wirtschaft; Deutscher Industrie- und Handelstag; Deutscher Handwerkskammertag; Deutsches Patent- und Markenamt; Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Behring, K. u. a.: Untersuchungen zum infrastrukturellen Nachholbedarf der neuen Bundesländer in ausgewählten Bereichen. Dresden 2000; Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen; Berechnungen des IWH.

schnitt der neuen Länder). Ein negatives Bild ergibt sich bei der Arbeitslosenquote und dem Ausmaß der Unterbeschäftigung: Hier hatte Sachsen-Anhalt jeweils die höchsten Quoten und konnte den Abstand zu den neuen Ländern insgesamt bis 1999 auch nicht verringern. Die ausgeprägte Beschäftigungsschwäche dürfte auch mit dafür verantwortlich sein, dass sich der Wanderungssaldo 1998 (-51 pro 10 000 Einwohner; vgl. Tabelle 1) wieder stärker ins Negative gewendet hat, nachdem sich noch 1996 eine eher positive Tendenz (+4 pro 10 000 Einwohner) angedeutet hatte.

Wohlfahrtsdeterminanten I: Wesentliche wirtschaftliche Stärken

Spitzenposition bei den privaten Investitionen

Eine Antwort auf die Frage, worin die wichtigste Stärke der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt besteht, fällt nicht schwer. Das herausragende Merkmal sind die hohen privaten Sachkapitalinvestitionen im Land. Im Beobachtungszeitraum konnten in Sachsen-Anhalt im Vergleich der neuen Länder mit rund 10 800 DM je Einwohner die höchsten betrieblichen Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe realisiert werden (vgl. Tabelle 1). Mithin wurden Voraussetzungen für eine Modernisierung und Ausweitung der Produktion geschaffen. Es kann davon ausgegangen werden, dass mit diesen hohen Investitionen zugleich kapitalgebundener technischer Fortschritt stattfindet. Kapitalgebundener technischer Fortschritt kommt tendenziell in einem hohen Anteil der Ausrüstungsinvestitionen³ an den Gesamtinvestitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe zum Ausdruck. Dieser Anteil betrug in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt der Jahre 1991-1998 82% und lag damit über jenem in den anderen neuen Ländern. Die überdurchschnittliche Pro-Kopf-Höhe der gewerblichen Investitionen, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) im Jahr 1999 gefördert wurden (1 567 DM je Einwohner), deutet darauf hin, dass das hohe Investitionsniveau im gewerblichen Bereich in Sachsen-Anhalt auch in dem Zeitraum, für den noch keine Daten der amtlichen Statistik vorliegen, anhält (vgl. Tabelle 1).

³ Als Ausrüstungsinvestitionen erfasst die Statistik Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen und andere Anlagegüter, sofern sie nicht fest mit Bauten verbunden sind.

Gute Voraussetzungen zur Generierung technischen Wissens im Bereich der Hochschulen

Bei einer Bilanz der Stärken, auf denen die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt aufbauen kann, fallen auch die günstigen Bedingungen auf, die für die Produktion neuen technischen Wissens existieren: Bei den Patentanmeldungen nahm Sachsen-Anhalt mit 76 Anmeldungen je 100 000 Einwohner im Zeitraum 1995-1999 zwar keine Spitzenposition, aber zumindest eine mittlere Position unter den neuen Ländern ein (vgl. Tabelle 1). Vergleichsweise günstige Voraussetzungen für die Produktion neuen technischen Wissens zeichnen sich insbesondere in den Hochschulen ab. Im Ländervergleich wurden in Sachsen-Anhalt die zweithöchsten Ausgaben im Hochschulbereich getätigt. Das Verhältnis zwischen der Zahl der Studierenden und der Professorenzahl war in Sachsen-Anhalt (1998: 32 Professoren je 1 000 Studenten) ebenso wie in den anderen neuen Ländern günstig. Dies unterstützt nicht nur eine individuelle Betreuung der Studenten, sondern bietet auch Kapazitäten für die Forschung. Die relativ hohe Qualität der Hochschulforschung in Sachsen-Anhalt kommt in der Relation der Drittmittel zu den Grundmitteln in den Hochschulhaushalten zum Ausdruck. Diese Relation war in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1995-1998 mit einem Wert von 9,4% die zweitgünstigste im ostdeutschen Ländervergleich (vgl. Tabelle 1). Die dargestellten Daten sprechen dafür, dass die Hochschulen – über die Produktion neuen technischen Wissens – positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung geben können.

Wohlfahrtsdeterminanten II: Faktoren mit Stärken und Schwächen

Verkehrsinfrastruktur: Stärken bei Binnenhäfen und Flughäfen – Defizite in den Bereichen Straße und Schiene

Für die Infrastrukturausstattung einer Region spielt die Verkehrsinfrastruktur eine besonders wichtige Rolle (Straßen, Schienenwege, Häfen und Flughäfen). Eindeutige Stärken hat Sachsen-Anhalt speziell bei den Binnenhäfen und Flughäfen aufzuweisen. So verfügt das Land im ostdeutschen Vergleich über besonders gute Voraussetzungen für einen effizienten Güterumschlag bei der Binnenschifffahrt, was in der quantitativen Ausstattung mit Häfen, Kaianlagen und Freilagern zum Ausdruck kommen. Im Luftverkehr ist die Nähe zu dem auf sächsischen Gebiet gelegenen Flughafen Leipzig-Halle hervorzuheben, von dem insbeson-

dere die Wirtschaft im südlichen Teil Sachsen-Anhalts, seit Abschluss des Autobahnbaus Halle-Magdeburg aber auch jene im nördlichen Landesteil, profitieren kann. Der Flughafen zeichnet sich durch erhebliche Kapazitäten aus, die in der günstigen Lage (an der Eisenbahnstrecke Halle-Leipzig, an zwei Bundesautobahnen, dicht an einem Güterverteilzentrum, in nächster Nähe zu großen Arealen von un bebauten Gewerbeflächen), dem im Jahr 2000 eröffneten neuen Runway sowie dem Verzicht auf ein Nachtflugverbot zum Ausdruck kommen.⁴

Eher Schwächen als Stärken weist Sachsen-Anhalt bei der Straßen- und Schieneninfrastruktur auf. Bei der Ausstattung mit Bundesautobahnen, die für die Anbindung an räumlich entfernte Regionen besonders wichtig erscheinen, war das Land 1999 in Relation zur Landesfläche deutlich schlechter gestellt als die meisten anderen neuen Länder (vgl. Tabelle 1). Die Investitionen, die im Rahmen des Bundesfernstraßenbaus in Sachsen-Anhalt in Relation zur Landesfläche getätigt worden sind, waren im Zeitraum 1991-1999 – je Einwohner wie je qkm gerechnet – die zweitniedrigsten in Ostdeutschland (vgl. Tabelle 1). Sieht man von den Autobahnen ab, ist zwar das Netz überörtlicher Straßen quantitativ gesehen zumeist auf dem ostdeutschen Niveau (vgl. Tabelle 1), der Ausbauzustand scheint jedoch nicht hinreichend zu sein, wie andere Untersuchungen belegen.⁵ Im Bereich des Schienenverkehrs ist die Ausstattung mit zweigleisigen, elektrifizierten ICE/EC/IC-Strecken in Sachsen-Anhalt – bezogen auf den qkm – zwar die beste im Vergleich der neuen Länder (vgl. Tabelle 1). Diese gute Ausstattung sagt aber noch nichts über die tatsächliche Versorgung des Landes mit Schienenverkehrsleistungen aus; hierüber entscheidet noch immer die Fahrplanpolitik der Deutschen Bahn AG.

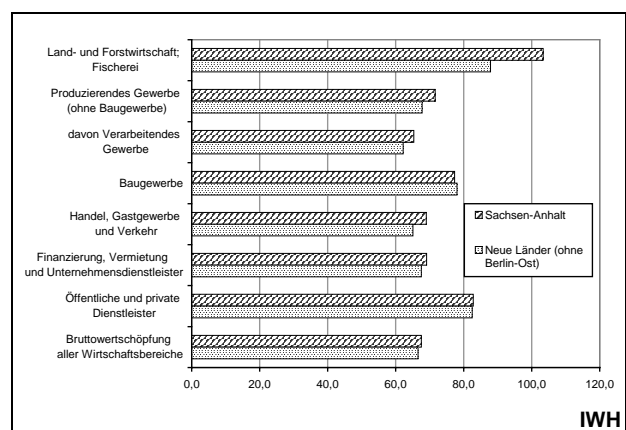
Sektoralstruktur: In allen Wirtschaftszweigen hohe Produktivität, aber geringer Unternehmensbesatz

Die Struktur der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft ähnelt stark derjenigen der neuen Länder insgesamt und unterschied sich wie diese auch 1999 noch deutlich von jener der alten Länder: Die Wertschöpfung, die Erwerbstätigkeit und der Un-

ternehmensbestand waren insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch in Handel, Gastgewerbe und Verkehr und bei Unternehmensdienstleistern deutlich geringer als in den alten Bundesländern. Demgegenüber hatten das Baugewerbe und die Landwirtschaft gemessen an den oben genannten Indikatoren eine größere Bedeutung als in Westdeutschland.

Sachsen-Anhalt zeichnet sich in fast allen Wirtschaftszweigen durch ein für Ostdeutschland hohes Produktivitätsniveau aus. Im Agrarsektor wurde das westdeutsche Produktivitätsniveau bereits um 3,4% überschritten. Über den ostdeutschen Produktivitätswerten lag 1999 die Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel, Gastgewerbe und Verkehr Sachsen-Anhalts (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1:
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen und Ländern 1999
- Alte Bundesländer = 100 -



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität wuchs im Untersuchungszeitraum 1995-1999 in Sachsen-Anhalt stärker als im Durchschnitt der neuen Länder insgesamt. Dieses starke Wachstum der Produktivität war in einigen Wirtschaftszweigen mit einem Rückgang der Erwerbstätigenzahlen verbunden, der über dem ostdeutschen Durchschnitt lag (v. a. im Verarbeitenden Gewerbe, bei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistern, bei öffentlichen und privaten Dienstleistern).

Betrachtet man den Unternehmensbesatz (IHK-zugehörige Unternehmen in Relation zur Einwohnerzahl), so wird deutlich, dass er in nahezu allen Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt niedriger als in den alten Ländern, aber auch als in den neuen Ländern insgesamt war. So würde Sachsen-Anhalt bei einem Unternehmensbesatz wie in den

⁴ Hinsichtlich einer Analyse der anderen Bereiche der wirtschaftsnahen Infrastruktur vgl. ROSENFELD, M. T. W.; BARJAK, F.; FRANZ, P.; HEIMPOLD, G.; SCHULTZ, B., a. a. O., S. 113-140.

⁵ Vgl. ECKEY, H.-F.; HORN, K.: Die Angleichung der Verkehrsinfrastruktur im vereinigten Deutschland zwischen 1990-1999. Kassel 2000.

alten Bundesländern im Handel und in unternehmerischen Dienstleistungen jeweils rund 17 000 Unternehmen mehr aufweisen.

Im Folgenden werden ausgewählte Wirtschaftsbereiche hinsichtlich ihrer Stärken und Schwächen etwas näher beleuchtet.

Rentable Landwirtschaft

Die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Sachsen-Anhalt liegen, gemessen an der Umsatzrentabilität, an zweiter Stelle im ostdeutschen und auch im gesamtdeutschen Vergleich. Zu der bislang relativ günstigen Gewinnsituation in Sachsen-Anhalt dürften insbesondere die unverändert großbetrieblichen Strukturen in der Landwirtschaft beigetragen haben. Bei der Sachkapitalausstattung weisen die sachsen-anhaltinischen Agrarbetriebe dagegen weniger günstige Werte auf. Dieser Faktor könnte die wirtschaftlichen Ergebnisse in Zukunft beeinträchtigen.

Vergleichsweise geringe Wachstumsdynamik in der Industrie insgesamt, aber Stärken in einzelnen Branchen

Die Industrie in Sachsen-Anhalt hat im Zeitraum 1995-1999 ihren Umsatz um rund 20% ausgeweitet. In den neuen Bundesländern insgesamt stieg der Umsatz allerdings um 30%. Auch bei Indikatoren für einzelne Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses fällt der Wirtschaftszweig in Sachsen-Anhalt durch relativ ungünstige Werte auf.

Das allgemein eher negative Bild verdeckt jedoch, dass einzelne Industriebranchen bei der Mehrzahl der Indikatoren durchaus positiv abschneiden. Relativ günstig stellt sich die wirtschaftliche Situation der Branche Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden sowie der Mineralölverarbeitung dar. Sachsen-Anhalts Betriebe des Ernährungsgewerbes konnten ihre Umsätze zwischen 1995 und 1999 deutlich steigern, als eine von wenigen Branchen hat das Ernährungsgewerbe auch die Beschäftigung erhöht. Die chemische Industrie hat im Untersuchungszeitraum ihren Umsatz auf In- und Auslandsmärkten ausgeweitet und durch eine umfassende Investitionstätigkeit die Kapitalausstattung deutlich verbessert.

Der Maschinenbau war im Untersuchungszeitraum 1995-1999 dagegen als einzige Industriebranche des Landes noch von Umsatzrückgängen geprägt (Sachsen-Anhalt: -9,5%, neue Länder insgesamt: +26%, alte Länder: +13%). Auch die Beschäftigung sank deutlich, und die Investitionstätigkeit war bei weitem nicht auf dem Niveau ande-

rer Kernbranchen des Landes. Als schwierig muss die Situation auch in den Branchen Holzgewerbe, Verlags- und Druckgewerbe, Herstellung von Metallzeugnissen, in den Branchen der Elektronik und Elektrotechnik (insbesondere in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik), im Fahrzeugbau sowie im Recycling eingeschätzt werden: Die Betriebe in den genannten Branchen haben in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren in der Regel Beschäftigung abgebaut und ihren Umsatz nur in deutlich geringerem Ausmaß als die Gesamtheit der ostdeutschen Betriebe in der jeweiligen Branche ausgeweitet. Die negative Einschätzung begründet sich vor allem dadurch, dass die genannten Branchen bei den meisten Determinanten für das wirtschaftliche Ergebnis ungünstigere Werte als die neuen Länder insgesamt aufweisen.

Hochwertige Dienstleistungsbranchen im Land nur schwach vertreten

Die sachsen-anhaltinische Wirtschaft weist im Vergleich der neuen Länder Unternehmens- und Beschäftigungslücken bei verschiedenen Dienstleistungsbranchen auf, denen für das Wirtschaftswachstum und die überregionale Wettbewerbsfähigkeit große Bedeutung zukommt. Dies betrifft die Branche Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, die Branche Forschung und Entwicklung sowie die Branche Datenverarbeitung und Datenbanken. Die Nettogewerbeanmeldungen waren im Jahr 1999 im Falle der Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen nur ungefähr halb so hoch wie in den neuen Ländern insgesamt, ebenso bei Datenverarbeitung und Datenbanken (vgl. Tabelle 2). Weiterhin boten die bestehenden Unternehmen speziell in den Branchen Forschung und Entwicklung sowie Datenverarbeitung und Datenbanken weniger Beschäftigungsmöglichkeiten als dies im Durchschnitt der neuen Länder der Fall war. Bedenkt man, dass die Branche Datenverarbeitung und Datenbanken, die man mit zur so genannten New Economy zählen könnte, eigentlich ein Hoffnungsträger bei der Beschäftigung sein könnte, erscheint der bislang in Sachsen-Anhalt sichtbare Beschäftigtenbesatz als problematisch.

Wohlfahrtsdeterminanten III: Wesentliche wirtschaftliche Schwächen

Humankapital: Negative Effekte der hohen Unterbeschäftigung, Defizite bei Schlüsselqualifikationen

Sachsen-Anhalt schneidet bei den zur Messung der Qualität des Humankapitalbestandes herange-

Tabelle 2:

Indikatoren des Gründungsgeschehens und des Beschäftigtenbesatzes in ausgewählten produktionsnahen Dienstleistungsbranchen

	Nettogewerbeanmeldungen ^a 1999			Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Stichtag 30.06.1999		
	je 100 000 Einwohner					
	Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^b	Alte Länder ^c	Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^b	Alte Länder ^d
Datenverarbeitung und Datenbanken	3,2	6,9	12,6	85,2	125,4	347,8
Forschung und Entwicklung	0,3	0,5	0,3	110,5	139,7	158,0
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	15,8	31,5	42,6	2 201,0	2 219,0	2 375,4

^a Nettogewerbeanmeldungen = Gewerbeanmeldungen \cdot Gewerbeabmeldungen. – ^b Ohne Berlin. – ^c Einschließlich Berlin – ^d Nur Flächenländer.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

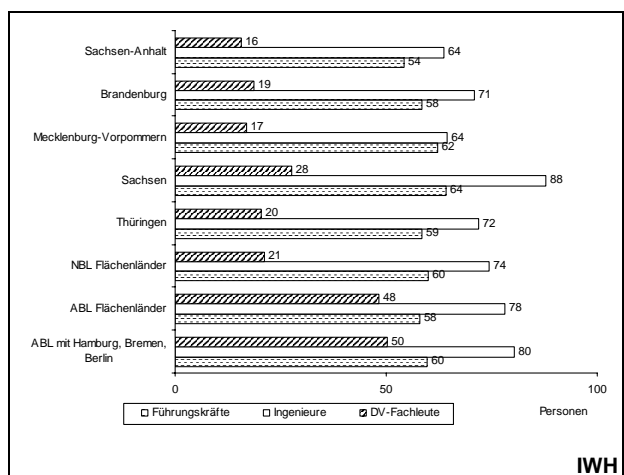
zogenen Indikatoren ungünstiger als die anderen neuen Länder ab.⁶ Anzuführen ist zunächst das Ausmaß der Unterbeschäftigung. In Sachsen-Anhalt war das Beschäftigungsniveau am regulären Arbeitsmarkt im Untersuchungszeitraum das niedrigste, die Unterbeschäftigungsquote war die höchste im Vergleich der neuen Länder (vgl. Tabelle 1). Auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit war im Lande besonders lang, und die Jugendarbeitslosigkeit war im Vergleich zum ostdeutschen Durchschnitt überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Eine lang andauernde Phase der Arbeitslosigkeit kann dazu führen, dass sich die Qualität des berufsbezogenen Wissens und der Fertigkeiten der Arbeitslosen verschlechtert und damit ihre Re-Integration in den Arbeitsmarkt erschwert wird. Demgemäß kann sich das hohe Ausmaß der Arbeitslosigkeit im Lande mittel- bis langfristig in einer Entwertung von Humankapital niederschlagen.

Auf eine unterdurchschnittliche Qualität des gesamten Humankapitalbestandes weisen die Befunde über die formalen Bildungs- und Berufsabschlüsse hin. Zwar deuten die Indikatoren auf eine qualifizierte Facharbeiterschaft hin, jedoch war in Sachsen-Anhalt der Anteil von Personen mit Hochschulabschluss am geringsten im Vergleich

der neuen Länder (vgl. Tabelle 1). Bei Ingenieuren wies das Land zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern den geringsten Besatz auf (vgl. Abbildung 2). Auch bei Datenverarbeitungsfachleuten war der Besatz in Sachsen-Anhalt am niedrigsten. Nicht nur bei Technikern, sondern auch bei Führungskräften weist das Land eine unterdurchschnittliche Ausstattung auf.

Abbildung 2:

Schlüsselqualifikationen nach Bundesländern 1999 - DV-Fachleute, Ingenieure, Führungskräfte je 10 000 Einwohner -^a



^a Zur Zuordnung einzelner Berufsgruppen zu den drei Qualifikationskategorien vgl. Rosenfeld, M. T. W.; Barjak, F.; Franz, P.; Heimpold, G.; Schultz, B. Regionale Wirtschaftsstrukturen in der zweiten Phase der ostdeutschen Transformation: Sachsen-Anhalt 1995-1999, a. a. O., S. 96.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

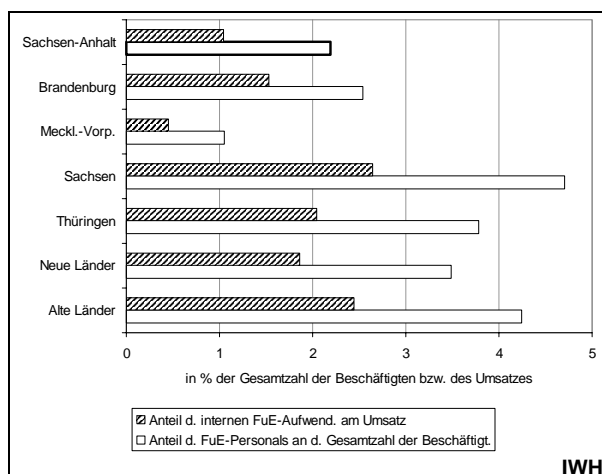
Schwächen bei der Forschung und Entwicklung in Unternehmen

Während die öffentliche Forschung über gute Voraussetzungen zur Produktion und Übernahme

⁶ Grundsätzlich kann das aktuell beschäftigte sowie das brachliegende Humankapital einer Region bei einer fehlenden Übereinstimmung mit dem unternehmerischen Bedarf natürlich über den Hebel der Zuwanderung oder mit Hilfe von Qualifizierungsmaßnahmen an den Bedarf angepasst werden. Für ansiedlungs- und expansionswillige Unternehmen stellt aber gerade die Struktur des in einer Region *beschäftigten* Humankapitals einen wesentlichen Standortfaktor dar, weil diese Unternehmen üblicherweise davon ausgehen, dass sie bei der Besetzung der bei ihnen geplanten neuen Stellen auch auf Teile des in einer Region beschäftigten Humankapitals zurückgreifen können.

neuen technischen Wissens verfügt, sind die Bedingungen hierfür im Unternehmenssektor eher ungünstig. In sachsen-anhaltinischen Unternehmen wurden weniger personelle und finanzielle Mittel für FuE eingesetzt als in den meisten anderen neuen Ländern. Die Industrie Sachsens-Anhalts stand hinsichtlich der FuE-Personalintensität (Anteil von FuE-Beschäftigten an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten, in Sachsen-Anhalt im Jahr 1997: rund 2,2%) und hinsichtlich der FuE-Umsatzintensität (Anteil der FuE-Aufwendungen am Umsatz, in Sachsen-Anhalt im Jahr 1997: rund 1,0%) an vorletzter Stelle unter den neuen Bundesländern, während die Industrieunternehmen in Sachsen bereits über und in Thüringen nahe an den westdeutschen Vergleichswerten lagen (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3:
FuE-Personalintensität^a und FuE-Umsatzintensität^b im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern^c im Jahr 1997



^a Anteil des FuE-Personals an der Gesamtzahl der Beschäftigten. – ^b Anteil der internen FuE-Aufwendungen am Umsatz in Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe. – ^c Neue Länder einschließlich Berlin-Ost, alte Länder in der räumlichen Abgrenzung des früheren Bundesgebietes.

Quelle: Grenzmann, C.; Marquardt, R.; Wudtke, J.: FuE-Datenreport 1999. Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1997-1999. Essen 2000, S. 35; Berechnungen des IWH.

Mangel an unternehmerischer Initiative

Zu den gravierendsten Schwächen der Wirtschaft des Landes kann eine zu geringe unternehmerische Initiative gezählt werden. Die geringe unternehmerische Initiative kommt sowohl in der Zahl der Unternehmen als auch im Gründungsgeschehen zum Ausdruck. Mithin fehlte es der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft an wesentlichen Triebkräften für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Die Unternehmenszahl war, gemessen

am Besatz mit Unternehmen, die zu den Industrie- und Handelskammern gehören, mit 308 Unternehmen je 10.000 Einwohner (Stand 1.1.2000) am geringsten im Vergleich der neuen Länder (vgl. Tabelle 1). Die Zahl der Nettogewerbeanmeldungen je 10 000 Einwohner, die näherungsweise zur Abbildung des Gründungsgeschehens herangezogen wird, betrug in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1996-1999 26,6 (neue Länder insgesamt: 51,8). Abweichend von den Vorjahren waren im Jahr 1999 in Sachsen-Anhalt erstmals die Gewerbeabmeldungen höher als die Gewerbeanmeldungen, ein Umstand, der in keinem anderen ostdeutschen Land zu verzeichnen war.

Stärken und Schwächen in den Teilräumen des Landes

Die erläuterten Stärken und Schwächen der Wirtschaft des Landes verteilen sich unterschiedlich auf die Teilräume Sachsens-Anhalts. Dies wird im Folgenden für die fünf Regionalisierungsregionen Sachsens-Anhalts (Altmark, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Halle, Harz und Magdeburg)⁷ erläutert; da für jede der fünf Regionen eigene Strategien der regionalen Entwicklung erarbeitet wurden und werden, liegt es nahe, auf diese räumliche Unterteilung des Landes Bezug zu nehmen.

Die Region *Altmark* kann eine vergleichsweise niedrige Belastung durch Arbeitslosigkeit vorweisen. Verursacht wird dies allerdings auch durch die überdurchschnittlich hohe Bedeutung des zweiten Arbeitsmarktes und viele Auspendler nach Niedersachsen. Die relativ niedrige Arbeitslosigkeit ist also nicht als ein Indiz für gute Beschäftigungsmöglichkeiten im ersten Arbeitsmarkt der Altmark zu sehen. Die Region wies dementsprechend 1999 lediglich 295 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 1 000 Einwohner auf (Sachsens-Anhalt: 334). Auch der Bestand an Höherqualifizierten war relativ gering: 15,7 Beschäftigte mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss pro 1 000 Einwohner in der Altmark gegenüber 26,3 in Sachsens-Anhalt insgesamt, Personal in FuE gab es sowohl im öffentlichen als auch im privatwirtschaftlichen

⁷ Die Regionalisierungsregionen wurden aus den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes gebildet, um im Rahmen einer regionalisierten Strukturpolitik die Koordination der regionalen Akteure zu verbessern und regionale Potenziale zu aktivieren, vgl. dazu WEGENER, T.: Institutionelle Aspekte der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik: das Beispiel Sachsen-Anhalt. ifo Dresden Studien, Nr. 24. Dresden 2000.

Bereich kaum. Zu den Schwächen bei der Humankapitalausstattung kommen Schwächen beim Sachkapital und der Verkehrsinfrastruktur hinzu.

In sektoraler Hinsicht verfügt die Region Altmark über Stärken in der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie, wo günstige Ausstattungen mit Human- und Sachkapital gegeben sind. Stark vertreten sind in der Altmark auch die Metall- und die Ernährungsindustrie sowie die Möbel- und Schmuckindustrie. Im für den Tourismus relevanten Beherbergungsgewerbe waren zwar Angebot und Nachfrage vergleichsweise gering, sie wiesen aber seit 1995 hohe Steigerungsraten auf.

Die Region *Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg* verfügte über im Regionsvergleich unterdurchschnittliche Einkommen, hohe Arbeitslosenquoten und starke Abwanderungen. Die Region ist durch altindustrielle Standorte geprägt, was sich im relativ hohen Industriebesatz und auch in einer hohen Anzahl altlastenverdächtiger Flächen und sanierungsbedürftiger Tagebauflächen ausdrückt. Die Erneuerung des industriellen Kapitalstocks hat zu den nach der Region Halle zweithöchsten Industrieinvestitionen geführt: 23 700 DM pro Beschäftigtem im Durchschnitt der Jahre 1991-1998. Die unternehmerische Initiative ist geringer als im Landesdurchschnitt ausgeprägt. Nach 1995 ist der bis dahin hohe Besatz an Beschäftigten in Forschung und Entwicklung so stark geschrumpft, dass er inzwischen geringfügig unter den Landesdurchschnitt gesunken ist.

Überdurchschnittlich ging die Beschäftigung auch in der Landwirtschaft und im Baugewerbe der Region *Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg* zurück. In beiden Wirtschaftszweigen waren trotz allem oder auch gerade deswegen die Kennziffern zur Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit 1999 deutlich günstiger ausgeprägt als im Landesdurchschnitt. Unter den in der Region vertretenen Industriebranchen können insbesondere die Gummi- und Kunststoffbranche und die chemische Industrie eine qualitativ gute Humankapital- und Sachkapitalausstattung vorweisen. Daneben sind in der Region auch das Glasgewerbe sowie die Metall- und die Nahrungsmittelindustrie stark vertreten. Beschäftigungszuwächse wies in der Region bislang nur die Branche „Glasgewerbe, Keramik und Verarbeitung von Steinen und Erden“ auf. Die Region verfügt insgesamt über eine diversifizierte industrielle Branchenstruktur, ein Umstand, der eine weniger große Empfindlichkeit gegenüber ungünstigen Entwicklungen in einzelnen Branchen erwarten lässt.

Die Region *Halle* (einschließlich der Industriestandorte in Schkopau und Leuna) weist im Vergleich der Teilräume des Landes die größten Fortschritte beim Aufbau eines modernen Sachkapitalstocks auf. Auf die Region entfiel fast die Hälfte der im Land im Durchschnitt der Jahre 1991-1998 getätigten Industrieinvestitionen, und die Investitionsintensität lag mit rund 40 000 DM pro Industriebeschäftigtem weit über dem Landesdurchschnitt. Allerdings offenbart eine Differenzierung der Pro-Kopf-Investitionen nach Branchen, dass in der Region in immerhin 11 Branchen unterdurchschnittliche und nur in 5 Branchen überdurchschnittliche Pro-Kopf-Investitionen getätigt wurden. Insbesondere die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung weisen hohe Investitionen auf.

Positiv für die Wachstumspotenziale in der Region schlägt der überdurchschnittlich hohe Anteil der FuE-Beschäftigten im Unternehmenssektor zu Buche. Ferner ist die Region Halle neben der Region Magdeburg am besten mit öffentlichen Forschungseinrichtungen ausgestattet. Die Region verfügt über relativ viele Beschäftigte in humankapitalintensiven Berufen. Vorzüge weist auch die Sektoralstruktur der Wirtschaft in der Region Halle auf, die stark diversifiziert war und damit weniger anfällig für sektorale Krisen sein dürfte. Zu den Standortvorteilen der Region gehört ein überdurchschnittlich gut ausgebautes Verkehrsinfrastrukturnetz.

Das Zusammentreffen einer vergleichsweise guten Humankapitalausstattung mit großen Fortschritten bei der Modernisierung des Sachkapitalbestandes und einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur dürften mit zu den Gründen dafür gehören, dass die Indikatoren für das wirtschaftliche Ergebnis in der Region Halle überdurchschnittlich gute Werte zeigen. Die Region lag bei der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen mit Abstand an der Spitze. Auch die in der Industrie erzielten Arbeitseinkommen waren die höchsten. Selbst in der Region Halle existierten aber nicht genügend Arbeitsplätze für alle arbeitswilligen Regionsbewohner. Die Arbeitslosenquote lag 1999 mit 22,2% über dem Landesdurchschnitt und ist im Untersuchungszeitraum sehr stark gestiegen.

Aufgrund ihrer besonderen landschaftlichen Attraktivität ist die Region *Harz* prädestiniert für den Tourismus. Die Branchen Gastgewerbe und Beherbergungsgewerbe, die Leistungen für den Tourismus erbringen, sind folgerichtig deutlich größer als im Landesdurchschnitt und haben in der Periode 1995-1999 auch stärker expandiert. In der Industrie

können insbesondere die Metallbranche und die Branche „Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik“ gute wirtschaftliche Ergebnisse und eine relativ gute Human- und Sachkapitalausstattung vorweisen. Nach der Herstellung von Metallserzeugnissen war das Ernährungsgewerbe die zweitgrößte Industriebranche. Der ihr vorgelagerte Zweig der Landwirtschaft wies eine überdurchschnittliche Erwerbstätigenquote auf und hat bei hoher Produktivität seine Beschäftigung ausgedehnt.

Im Vergleich mit den anderen sachsen-anhaltinischen Teilräumen war die Harzregion trotz der geschilderten Stärken und der Möglichkeit, in die alten Bundesländer zu pendeln, am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Humankapitalausstattung der Region hat sich verschlechtert. Der Wanderungssaldo war negativ und in Relation zur Einwohnerzahl mit rund -39 Einwohnern (1991-1999) pro 1 000 Einwohner der ungünstigste im Regionsvergleich. Die Harzregion weist sowohl einen geringen Anteil von Beschäftigten mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss als auch einen geringen Anteil an Beschäftigten, die in Forschung und Entwicklung tätig sind, an den Beschäftigten insgesamt auf. Damit verfügt die Region hinsichtlich wissensintensiver Produktion über keine sehr günstigen Voraussetzungen. Hinzu kommt, dass auch die Erreichbarkeit der Region auf Straße und Schiene relativ ungünstig ist. Die Schwachpunkte bei wichtigen Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung spiegeln sich auch in den wirtschaftlichen Ergebnissen wider. Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen ist die niedrigste von allen sachsen-anhaltinischen Regionen.

Die Region *Magdeburg* weist insbesondere bei der Humankapitalausstattung Stärken auf. Die Unterbeschäftigungsquote lag unter dem Landesdurchschnitt, und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden weniger häufig als in anderen Teilräumen genutzt. Der Anteil von Beschäftigten mit humankapitalintensiven Berufen lag über dem Landesdurchschnitt, auch waren überdurchschnittlich viele Beschäftigte in FuE tätig (3,5% der Beschäftigten). Positive Rahmenbedingungen für FuE werden auch durch die ansässigen öffentlichen Forschungseinrichtungen geschaffen. Die unternehmerische Initiative war in Magdeburg, gemessen an den Nettogewerbeanmeldungen und auch an der Inanspruchnahme von Existenzgründungsprogrammen, stärker als in allen anderen Regionen ausgeprägt.

Überdurchschnittliche Erwerbstätigenquoten wiesen in der Region Magdeburg neben dem öffentlichen Sektor auch der Handel und der Dienstleis-

tungsbereich auf. Der Agrarsektor in der Region Magdeburg erweist sich als hochproduktiv. In der Industrie verfügen das Ernährungsgewerbe, die chemische Industrie, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren und die Herstellung von Kraftwagen über zahlreiche Entwicklungspotenziale. Der Maschinenbau, eine traditionell in der Region starke Branche, verfügt zwar über eine gute Ausstattung mit Human- und Sachkapital, Umsatz und Beschäftigung sind zwischen 1995 und 1999 aber erheblich gesunken.

Neue Strategien für die Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt

Die im Folgenden angestellten Überlegungen über mögliche wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen aus der empirischen Detailanalyse richten sich nicht nur an die Landesregierung, sondern ebenso an andere wirtschaftspolitische Akteure auf der Bundes-, Landes- und regionalen Ebene. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht für jedes Problem einfache Lösungen parat stehen und dass sich ein Teil der Schwachstellen dem wirtschaftspolitischen Zugriff entzieht.⁸

Die im Rahmen der regionalen Strukturanalyse für das Land Sachsen-Anhalt ermittelten Stärken schlagen sich bislang nur unzureichend im wirtschaftlichen Gesamtergebnis nieder. Dies dürfte damit zu erklären sein, dass verschiedene ökonomische Schwächen des Landes gleichsam als „Behinderungsfaktoren“ dazu führen, dass die Wirksamkeit der ökonomischen Stärken nicht voll zur Geltung kommen kann. Für die Wirtschaftspolitik ergibt sich aufgrund dieser Zusammenhänge die vorrangige Aufgabe, zum Abbau der wesentlichen „Behinderungsfaktoren“ beizutragen. Diese Strategie sollte allerdings nicht dazu führen, die Pflege der als Stärken des Landes herausgearbeiteten Strukturen in Zukunft zu vernachlässigen.

Es wird für Sachsen-Anhalt zunächst immer stärker darauf ankommen, dass sich in den Köpfen potentieller Investoren und mobiler Arbeitskräfte mit dem Land ein eindeutiges Bild verbindet. Hierfür sollte ein klares wirtschaftspolitisches Leitbild entwickelt werden, das sich entweder an den Stärken des Landes oder an der Beseitigung besonde-

⁸ Aus Platzgründen wird hier auf eine Darstellung der wirtschaftspolitischen Empfehlungen für die Regionen Sachsen-Anhalts verzichtet. Näheres dazu vgl. ROSENFELD, M. T. W.; BARJAK, F.; FRANZ, P.; HEIMPOLD, G.; SCHULTZ, B., a. a. O., S. 383-387.

rer Schwächen orientieren könnte. Mit Hilfe eines solchen Leitbildes wird auch ein konzentrierter Einsatz der verschiedenen wirtschaftspolitischen Instrumente möglich.

Neben der Entwicklung eines wirtschaftspolitischen Leitbildes wird für das Land eine räumliche Konzentration der Förderpolitik zugunsten der Wachstumspole empfohlen. Der Einsatz von Instrumenten zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung kann grundsätzlich entweder gleichmäßig für alle Regionen erfolgen oder auf die regionalen Wachstumszentren konzentriert werden. In einigen Politikbereichen wie der Förderung von unternehmerischen Investitionen wurde bislang eher dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit gefolgt. In Anbetracht der geschilderten erheblichen Schwächen des Landes bei wichtigen Wachstumsfaktoren stellt sich die Frage, ob auf diese Weise der wünschenswerte Wachstumsschub für Sachsen-Anhalt erreicht werden kann. Bei einer räumlichen Konzentration des Mitteleinsatzes können vermutlich größere Wachstumseffekte für das Land insgesamt erreicht werden, von denen langfristig auch die schwächeren Regionen profitieren werden. Da im Rahmen der Strukturanalyse die beste Ausstattung mit wachstumsrelevanten Faktoren für die Regionen Halle und Magdeburg ermittelt werden konnten, sollte demgemäß versucht werden, durch eine Konzentration des wirtschaftspolitischen Instrumenteneinsatzes auf diese beiden Regionen die Wirtschaft im Lande insgesamt voranzubringen.

Weitere Empfehlungen beziehen sich auf die Anwerbung von Investoren, die Verkehrsinfrastruktur, die öffentliche Forschung und die Förderung der unternehmerischen Initiative. Bei der gezielten Anwerbung von neuen Investoren sollte sich die Wirtschaftspolitik auch weiterhin auf solche Branchen konzentrieren, die mit dem hochmodernen Sachkapitalstock ansässiger Unternehmen Komplementaritäten aufweisen, so dass es zu Synergieeffekten kommen kann. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur ist zu überlegen, ob das eigentlich wünschenswerte Interesse Sachsens-Anhalts am Flughafen Leipzig-Halle dadurch erhöht werden könnte, dass der Flughafen und ein größeres Territorium in seiner Umgebung zu einer gemeinsamen Gewerbezone der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen erklärt werden, in Analogie zu den bereits vielfach erprobten gemeinsamen Gewerbegebieten auf der kommunalen Ebene. Um die Anbindung des Landes an den IC- und ICE-Verkehr zu verbessern, sollte sich das Land dafür einsetzen,

dass auch Alternativanbieter das Schienennetz der Deutschen Bahn AG stärker nutzen können. Weiterhin wäre zu prüfen, ob durch den Ausbau der Saale als Wasserstraße der Hallesche Saalehafen besser genutzt werden und positive Effekte für die Wirtschaft des Landes bewirken kann. Die sehr günstige Ausstattung des Landes mit öffentlichen Forschungseinrichtungen sollte noch stärker als bisher für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur nutzbar gemacht werden, etwa durch eine weitere Stärkung der anwendungsbezogenen Forschung gegenüber der Grundlagenforschung, wobei eine Ausrichtung der öffentlichen Forschung an der gegebenen sektoralen Wirtschaftsstruktur überlegt werden könnte. Um die Humankapitalausstattung im Lande zu verbessern, sollten weitere Anstrengungen unternommen werden, um die im Land vorhandenen Ausbildungskapazitäten, insbesondere die Hochschulen, stärker für die Entwicklung der Wirtschaft nutzbar zu machen.

Schließlich sollte noch stärker als bisher versucht werden, die unternehmerische Initiative in Sachsen-Anhalt zu erhöhen. Darauf zielt zum Beispiel die Mittelstandsoffensive des Landes ab, zu deren vordringlichen Aufgaben die Stärkung der Finanzierungsbasis mittelständischer Unternehmen und die Schaffung eines positiven Klimas für Existenzgründungen (Existenzgründungsoffensive ego) gehört. Es erscheint reizvoll, wenn sich Sachsen-Anhalt die Aufgabe stellen würde, zum „Land der Unternehmer“ zu werden. Damit könnte versucht werden, eine besondere Schwachstelle der Wirtschaftsstruktur zu beseitigen. Es erscheint naheliegend, dass die Umsetzung einer solchen Zielvorstellung in den Schulen und Ausbildungsstätten beginnen müsste, etwa durch Einführung eines wirtschaftskundlichen Unterrichts oder eine verstärkte Durchführung von Planspielen zur Unternehmensgründung in den Schulen. Sachsen-Anhalt könnte hier innerhalb der neuen Länder eine Vorreiterrolle übernehmen. In Fortführung der Arbeiten Schumpeters könnte an einer Hochschule des Landes eine spezielle „Forschungsstelle für das Unternehmertum“ eingerichtet werden.

Martin T. W. Rosenfeld;
Franz Barjak; Peter Franz;
Gerhard Heimpold
(mrd@iwh-halle.de)

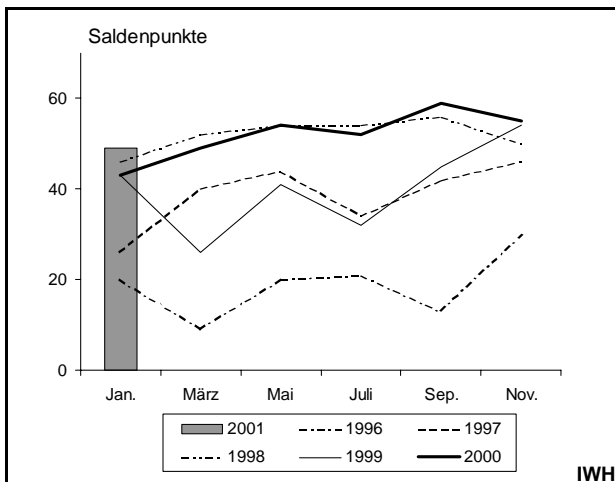
Ostdeutsche Industrieunternehmen gehen mit Optimismus in das Jahr 2001

Rückblickend auf das Jahr 2000 ist der Umsatz der ostdeutschen Industrieunternehmen mit einer zweistelligen Rate gestiegen. Über das gesamte Jahr gerechnet, betrug der Zuwachs lt. amtlicher Statistik 13,1%.⁹ Dieser Anstieg wurde vor allem vom Export getragen, der sich um 28,3% erhöhte, während sich der Inlandsumsatz mit 9,6% schwächer entwickelte. Auf Unternehmensebene reichte die Spanne von Schrumpfung bis zu kräftiger Expansion. Wie die IWH-Umfrage vom Januar 2001 ergab, steigerten fast 60% der Industrieunternehmen ihre Umsätze gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tabelle 1). Besonders häufig konnten im Sog der Weltkonjunktur die auf den Außenmärkten agie-

gen – ebenfalls saisonüblich – aufgeheitert haben. Lage wie auch Aussichten werden zugleich positiver bewertet als noch vor Jahresfrist. Dies spricht für eine Fortsetzung der kräftigen Aufwärtsentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in den nächsten Monaten. Dieses optimistische Urteil knüpft, im Unterschied zum Zick-Zack-Kurs von 1999, an den stetigen Wachstumsverlauf des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2000 an.

Das Saisonmuster in der Einschätzung von Lage und Aussichten findet sich in den Urteilen nahezu aller fachlichen Hauptgruppen wieder. Auffallend schlecht ist allerdings die Stimmung im

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -

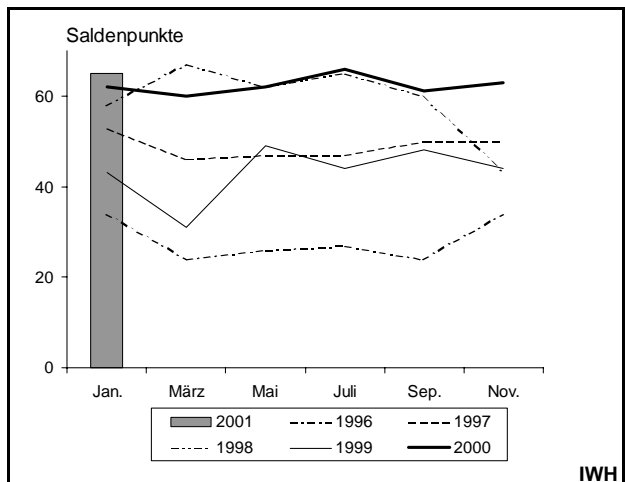


Quelle: IWH-Industrieumfragen.

renden Unternehmen zulegen (annähernd 70% mit Zuwächsen). Mehr als ein Drittel aller Unternehmen verwies sogar auf Umsatzsteigerungen von 10 Prozent und mehr. Besonders häufig wurden solche Steigerungsraten von den Investitionsgüterproduzenten sowie den Herstellern von Vorleistungsgütern angegeben. Allerdings war der Umsatz bei mehr als einem Viertel aller Unternehmen rückläufig. Überdurchschnittlich davon betroffen war das Nahrungsgütergewerbe.

Zu Beginn des neuen Jahres hat sich laut IWH-Umfrage vom Januar 2001 unter rund 300 ostdeutschen Industrieunternehmen die Geschäftslage saisonüblich eingetrübt, während sich die Erwartun-

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrieumfragen.

Nahrungsgütergewerbe, wo nach dem Weihnachtsgeschäft vor allem die Lage, aber auch die Geschäftsaussichten deutlich schlechter als noch im November bewertet werden. Hier wird wohl mit einer schwachen Nachfrage gerechnet, auch infolge der BSE-Krise.

Für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt beträgt der Saldo aus positiven und negativen Antworten zur *Geschäftslage* 49 Punkte und befindet sich damit über dem Niveau vom Vorjahr (vgl. Tabelle 4). Gegenüber der vorangegangenen Umfrage hat er sich allerdings um 6 Punkte verringert. Nunmehr bewerten drei Viertel der Unternehmen ihre geschäftliche Situation mit „gut“ oder „eher gut“. Obwohl die Zahl der Pessimisten unter den Unternehmen zunimmt und sich der Anteil der Negativurteile auf 6% erhöht hat, fallen die Urteile

⁹ STATISTISCHES BUNDESAMT: Mitteilung für die Presse 55/01 vom 15. Februar 2001.

Tabelle 1:

Umsatzentwicklung 2000 und Umsatzerwartungen 2001 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- in % der Unternehmen -

	Zunahme				Gleich- stand	Abnahme				Saldo aus Zu- und Abnahme
	über 10 %	5 bis 10 %	bis 5 %	Ins- gesamt		Ins- gesamt	bis 5 %	5 bis 10 %	über 10 %	
	2000 zu 1999									
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	35	11	12	58	15	28	5	7	16	30
Vorleistungsgütergewerbe	37	8	12	57	14	29	4	7	18	28
Investitionsgütergewerbe	42	17	8	67	8	26	6	6	14	41
Ge- und Verbrauchs- gütergewerbe	27	10	14	51	22	27	5	9	13	24
darunter: Nahrungsgütergewerbe	26	10	17	53	12	35	7	9	19	18
	Voraussichtlich 2001 zu 2000									
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	27	18	20	65	21	14	5	5	4	51
Vorleistungsgütergewerbe	24	18	21	63	21	16	6	6	4	47
Investitionsgütergewerbe	37	21	15	73	18	11	3	2	6	62
Ge- und Verbrauchs- gütergewerbe	25	16	20	61	25	17	6	5	6	44
darunter: Nahrungsgütergewerbe	24	22	15	61	22	17	5	10	2	44

Fälle: 2000 zu 1999: n = 308; 2001 zu 2000: n = 292. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom Januar 2001.

Tabelle 2:

Beschäftigungspläne der ostdeutschen Industrieunternehmen für das Jahr 2001

- in % der Unternehmen -

	Voraussichtliche Beschäftigungsentwicklung 2001 gegenüber 2000			
	Zunahme	Gleichstand	Abnahme	Saldo
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	31	54	15	16
<i>Fachliche Hauptgruppen:</i>				
Vorleistungsgütergewerbe	24	56	20	4
Investitionsgütergewerbe	51	41	8	43
Ge- und Verbrauchsgütergewerbe	29	58	13	16
darunter: Nahrungsgütergewerbe	27	61	11	16
<i>Größengruppen:</i>				
1 – 49 Beschäftigte	25	57	18	7
50 – 249 Beschäftigte	37	52	11	26
250 und mehr Beschäftigte	33	47	19	14

Fälle: Hauptgruppen: n = 294, Größengruppen: n = 294. Zahlenangaben gerundet.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom Januar 2001.

zur Geschäftslage insgesamt besser aus als noch vor einem Jahr.

Die *Geschäftsaussichten* werden weiterhin deutlich optimistisch bewertet. Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen liegt mit 65 Punkten noch um 2 Punkte über der Einschätzung vom November 2000 und die saisonübliche Aufhellung der Erwartungen übertrifft sogar das

bereits hohe Niveau vor Jahresfrist. Dieses Gesamturteil wird stark von der unerwartet zuversichtlichen Einschätzung der Investitionsgüterproduzenten beeinflusst, während der Saldo bei den Herstellern von Ge- und Verbrauchsgütern gegenüber der vorangegangenen Umfrage sank. Insgesamt behält aber das Verarbeitende Gewerbe mit seinem Urteil zu den Geschäftsaussichten das hohe

Niveau wie zu Beginn des Vorjahres bei. Darin spiegelt sich wohl auch der erwartete Nachfrageanstieg im Gefolge der Steuerreform wider.

So sind die Umsatzpläne der Unternehmen für das Jahr 2001 ebenfalls hochgesteckt. Laut IWH-Umfrage gehen mehr als 60% der Unternehmen von steigenden Umsätzen aus, und lediglich 14% rechnen mit einem Rückgang (vgl. Tabelle 1). Besonders hohe Umsatzzuwächse erwarten die Investitionsgüterhersteller. Die Pläne der Unternehmen insgesamt liegen damit im Trend der Wachstumsprognose des IWH für 2001¹⁰.

Einstellungsabsichten lassen auf Stabilisierung der Beschäftigung in der Industrie schließen

Die zuversichtliche Einschätzung der Geschäftsentwicklung im Jahr 2001 strahlt auch positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Annähernd ein Drittel der befragten Unternehmen beabsichtigt, bei Realisierung der geplanten Umsatzsteigerungen die Beschäftigtenzahl aufzustocken. Mehr als die Hälfte der Unternehmen will im Jahr 2001 mit der gleichen Anzahl von Arbeitskräften wirtschaften wie im Vorjahr. Nur 15% der Befragten rechnen mit Personalabbau. Insgesamt ist somit das Beschäftigungsklima in den bestehenden Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes eher günstig, so dass per saldo mit stabilisierenden Beschäftigungseffekten zu rechnen ist (vgl. Tabelle 2).

Im Detail sind deutliche Unterschiede zu erkennen. Die Neigung der Unternehmen zur Personalaufstockung ist vor allem im Investitionsgütergewerbe und bei den mittleren Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten ausgeprägt. Bei den Investitionsgüterherstellern besteht hier sicherlich eine enge Beziehung zu den optimistischen Umsatzerwartungen. Das Nahrungsgütergewerbe sowie die kleinen Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten setzen in noch stärkerem Maße auf die Weiterbeschäftigung des vorhandenen Personals als die Industrie insgesamt. Eine Reduzierung des Personalbestandes beabsichtigen dagegen überdurchschnittlich häufig Produzenten von Vorleistungsgütern sowie die Großbetriebe.

Die große Anzahl von Unternehmen mit Stellenaufbau oder zumindest gleichbleibender Stellenzahl im Jahr 2001 sollte jedoch nicht zu über-

triebenem Optimismus verleiten. Entscheidend ist im Endeffekt, wie viele Arbeitsplätze sich dahinter verbergen und per saldo tatsächlich neu entstehen. Die Spannweite der gemeldeten Veränderungen reicht hier von 72 zusätzlichen Arbeitsplätzen bis zum Abbau von 150 Stellen, im Extrem sogar mehrerer hundert Arbeitsplätze. Das Gros der Unternehmenspläne bewegt sich im Intervall zwischen zehn Einstellungen und fünf Entlassungen. Obwohl die Einstellungen überwiegen, wird es aber in einigen Unternehmensgruppen tiefe Einschnitte geben. So ist per saldo mit einem Wegfall von Arbeitsplätzen im Verbrauchsgütergewerbe und bei den größeren Unternehmen zu rechnen. Werden nur die Unternehmen verglichen, für die Beschäftigtenangaben für die letzte Umfrage im Jahr 2000 und Pläne für 2001 vorliegen, so ist insgesamt mit einem etwa gleichbleibenden Beschäftigungsniveau oder sogar geringem Stellenzuwachs zu rechnen.

Tabelle 3:
Umsatzpläne und Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands
- in % der Unternehmen -

Voraussichtliche Umsatzentwicklung 2001 gegenüber 2000	Beschäftigungsentwicklung 2001 gegenüber 2000		
	Zunahme	Gleichstand	Abnahme
Zunahme	43	46	11
Gleichstand	10	78	12
Abnahme	20	43	37
Insgesamt	32	53	15

Fälle: n = 262.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom Januar 2001.

Ertragslage spricht für zunehmende Festigung der ostdeutschen Industrieunternehmen

Die gut laufenden Geschäfte bei der Mehrzahl der befragten Unternehmen schlugen sich auch in einer weiteren Verbesserung und Stabilisierung der Ertragslage nieder. Das Jahr 2000 schlossen 55% der Unternehmen mit Gewinn ab, 26% wirtschafteten zumindest kostendeckend, und der Anteil der Verlustbetriebe reduzierte sich weiter auf nunmehr weniger als ein Fünftel. Damit erhöhte sich der Anteil von Gewinnbetrieben kontinuierlich von 38% im Jahr 1996 auf reichlich die Hälfte.¹¹

¹⁰ Vgl.: BRAUTZSCH, H.-U.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Ostdeutsche Wirtschaft 2000 und 2001: Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion verstärkt sich trotz erneutem Absturz im Baubereich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2000, S. 335.

¹¹ Die Angaben zur Ertragslage in den zurückliegenden Jahren wurden in der aktuellen Umfrage erhoben, so dass die Antworten im Längsschnitt von den gleichen Unternehmen vorliegen.

Tabelle 4:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage in der ostdeutschen Industrie – Januar 2001

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Jan 00	Nov 00	Jan 01	Jan 00	Nov 00	Jan 01	Jan 00	Nov 00	Jan 01	Jan 00	Nov 00	Jan 01	Jan 00	Nov 00	Jan 01
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	26	34	35	46	43	40	24	18	19	4	5	6	43	55	49
Hauptgruppen ^b															
Vorleistungsgüter	27	36	30	51	40	44	18	19	18	4	5	8	57	52	47
Investitionsgüter	28	37	40	47	44	40	20	10	19	6	8	1	49	63	59
Ge- und Verbrauchsgüter	23	29	40	38	48	32	36	22	21	4	1	6	21	55	45
dar.: Nahrungsgüter	23	24	36	31	48	32	43	27	23	3	1	10	9	43	35
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	19	28	21	45	35	35	30	29	35	5	7	9	29	26	13
50 bis 249 Beschäftigte	28	35	39	43	46	39	25	15	15	3	4	6	43	61	57
250 und mehr Beschäftigte	32	46	42	46	38	39	16	13	16	5	3	3	57	69	63
Statusgruppen															
Privatisierte Unternehmen	23	34	35	48	44	40	24	17	19	5	4	6	42	56	50
Westdt./ausl. Investoren	25	37	36	51	46	46	20	13	13	4	4	5	51	66	65
Management-Buy-Outs	16	18	20	49	56	39	27	20	33	8	6	7	29	47	19
Reprivatisierer	30	38	37	33	28	29	33	25	26	3	10	8	27	31	32
Neugründungen	44	39	40	36	39	38	20	19	17	0	3	4	61	56	57
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	27	28	32	54	54	50	18	16	14	2	2	3	62	63	65
Hauptgruppen ^b															
Vorleistungsgüter	28	31	29	56	49	52	15	15	15	2	4	4	68	61	61
Investitionsgüter	35	34	36	49	52	56	16	14	8	0	1	0	69	71	84
Ge- und Verbrauchsgüter	19	19	33	55	62	45	23	19	17	3	1	5	49	62	57
dar.: Nahrungsgüter	20	18	25	52	59	50	28	23	16	1	0	9	43	53	49
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	20	23	22	53	39	47	25	31	26	3	7	6	45	25	36
50 bis 249 Beschäftigte	26	27	32	56	58	54	17	13	11	1	1	3	64	71	71
250 und mehr Beschäftigte	38	38	45	49	51	42	14	11	10	0	0	3	73	78	74
Statusgruppen															
Privatisierte Unternehmen	24	28	30	57	55	52	18	16	15	2	2	3	61	64	64
Westdt./ausl. Investoren	28	27	31	54	59	56	16	13	11	1	1	2	66	72	74
Management-Buy-Outs	12	18	18	68	57	56	16	22	20	4	3	6	60	49	48
Reprivatisierer	21	26	29	51	44	45	27	25	24	2	5	2	43	40	48
Neugründungen	47	34	39	44	49	47	9	12	9	0	4	5	82	67	71

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Januar 2001 vorläufig. – ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 93 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Vergleicht man die Ertragslage der Unternehmen im Jahr 1999 mit der im Jahr 2000, dann wird deutlich, dass sich die Gruppe der Gewinnunternehmen gefestigt hat. So arbeiteten 87% der Unternehmen, die 1999 mit Gewinn abschlossen, auch 2000 wieder gewinnbringend. Nur 14% veränderten ihre Position, die Hälfte davon glitt in die

Verlustzone ab. Dagegen konnte sich von den Unternehmen, die 1999 mit Verlust abschlossen, fast die Hälfte emporarbeiten, 23% von ihnen meldeten für 2000 sogar Gewinne.

Udo Ludwig (*ldw@iwh-halle.de*)
Bärbel Laschke (*lsk@iwh-halle.de*)

Branchenskizze: Ostdeutsches Verlags- und Druckgewerbe

Das Verlags- und Druckgewerbe¹² gehört – mit einem Anteil an der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes von knapp 6% – zur Gruppe der mittelgroßen¹³ Industriezweige in den neuen Bundesländern. Es zählt zu denjenigen Branchen in Ostdeutschland, deren Unternehmen den nach der Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung notwendigen Umbau und die Restrukturierung weitgehend abgeschlossen und im Ergebnis einen hohen Angleichungsstand an die Produktivität der Unternehmen in Westdeutschland erreicht haben. Das gilt insbesondere für die Betriebe des Druckgewerbes¹⁴, die ihre Produktion im Zeitraum von 1995 bis 1999 beträchtlich ausweiteten (um rund 80%, vgl. Tabelle).

Die Betriebe des Druckgewerbes haben ihre Marktposition deutlich verbessern können. Bei Produktion und Umsatz haben sie zwischen 1995 und 1999 jährlich zweistellige Wachstumsraten erzielt. Die Umsatzsteigerung wurde dadurch unterstützt, dass für verschiedene Druckerzeugnisse höhere Preise durchsetzbar waren. 1999 belief sich der Umsatz der 156 Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten auf rund 1,5 Mrd. DM (1995: 956 Mio. DM),¹⁵ wovon 95% im Inland Erlöst wurden. Die Expansion spiegelt die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Druckereien wider. Dadurch waren sie in der Lage, an der erheblich gestiegenen Nachfrage nach Druckerzeugnissen zu partizipieren. Zur verbesserten Wettbewerbsfähigkeit haben – neben Maßnahmen wie dem Personalabbau, dem Ausbau des Marketing und der Qualifizierung des Personals – die Modernisierung und Erweiterung der Anlagen wesentlich beigetragen. Von 1991 bis 1999 wurden insgesamt rund 2 Mrd. DM inves-

tiert, das ist je Beschäftigten etwa das 1,5-fache der Investitionen der Betriebe in Westdeutschland. Die Kapitalproduktivität war dadurch 1998, nach Rechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, um 6% höher, die Arbeitsproduktivität nur noch um rund 4% niedriger als in Westdeutschland.

Die Betriebe des Verlagsgewerbes, die in der Mehrzahl von westdeutschen Unternehmen erworben wurden, haben die Produktion und den Umsatz von 1995 bis 1999 um 17 bzw. 23,5% ausgedehnt und sich im Vergleich zur Druckindustrie deutlich schwächer entwickelt. Den Verlagen der Tageszeitungen machen, stärker als in Westdeutschland, jährlich sinkende Auflagen zu schaffen. Von 1995 bis 2000 (jeweils II. Quartal) hat die Zahl der verkauften Tageszeitungen um rund 1,1 Mio. Stück bzw. um mehr als ein Fünftel auf rund 3,9 Mio. Exemplare abgenommen. Die Schwäche der lokalen Werbemärkte charakterisiert, dass die Einnahmen der Regionalzeitungen aus Anzeigen und Beilagen, nach einem Anstieg bis 1995, nicht mehr weiter gewachsen und sogar jährlich um etwa 1% bis 2% zurückgegangen sind. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die ungenügende Ertragskraft vieler Betriebe dürften zwei Gründe für die schwierige Lage auf dem ostdeutschen Zeitungsmarkt sein. Die Buchverlage haben sich zudem einer starken Konkurrenz aus dem Westen zu erwehren. Ihre Jahresumsätze schwankten von 1995 bis 1999 zwischen 300 Mio. DM und 340 Mio. DM. Im Vergleich zu Westdeutschland haben sie, ebenso wie die Zeitschriftenverlage, eine geringe wirtschaftliche Bedeutung. 1999 hatten sie zusammen lediglich ein Sechstel Umsatzanteil am Verlagsgewerbe (3,7 Mrd. DM), die in Westdeutschland dagegen rund die Hälfte.

Das Produktions- und Umsatzwachstum des Verlags- und Druckgewerbes hat sich positiv auf die Beschäftigung ausgewirkt. Unter Einbeziehung der kleineren Betriebe (mit weniger als 20 Beschäftigten) hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Ende 1997 bis Ende 1999 – nur für diesen Zeitraum liegen vergleichbare Daten vor – um fast ein Zehntel auf rund 31 900 erhöht.

Siegfried Beer
(sbr@iwh-halle.de)

¹² Einschließlich Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern.

¹³ Vom Produktionsvolumen ausgehend zählen dazu solche Branchen wie die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.

¹⁴ Die Praxis, dass die Betriebe den einzelnen Wirtschaftszweigen entsprechend dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zugeordnet werden, bedingt, dass einzelne Druckereibetriebe beim Verlagsgewerbe (umgekehrt wohl kaum) erfasst und abgerechnet werden. Der Vergleich mit Daten aus der fachlichen Berichterstattung, die exakter trennt, zeigte, dass dadurch die hier getroffenen Aussagen nur unwesentlich beeinträchtigt werden.

¹⁵ Etwa 9 Zehntel der Betriebe des Druckgewerbes haben weniger als 20 Beschäftigte; sie wurden demzufolge hier nicht erfasst.

Tabelle:

Das ostdeutsche Verlags- und Druckgewerbe^a von 1995 bis 1999 in amtlichen Daten

		ME	1995	1996	1997	1998	1999
I.	Ausgewählte Kenndaten						
1.	Betriebe	Anzahl	191	202	216	226	237
2.	Beschäftigte ^b	1 000 Pers.	19,5	19,4	19,7	19,7	20,5
3.	Produktionsindex insgesamt (1995=100)	%	100,0	104,9	117,4	129,5	138,3
3.1	Verlagsgewerbe	%	100,0	100,8	106,7	115,7	117,0
3.2	Druckgewerbe	%	100,0	113,4	139,2	157,8	178,9
4.	Umsatz insgesamt ^c	Mio. DM	4 010	4 405	4 723	5 047	5 325
4.1.	Verlagsgewerbe ^c	Mio. DM	2 993	.	3 469	3 632	3 695
4.2.	Druckgewerbe ^c	Mio. DM	956	1 068	1 183	1 334	1 496
	<i>Exportquote insgesamt</i>	%	2,7	2,9	3,2	3,3	3,2
5.	Erzeugerpreisindex ^d (1991=100)	%	134,9	145,8	151,1	151,4	.
6.	Bruttowertschöpfung ^{e*}	Mio. DM	1 891	1 820	2 141	.	.
	<i>Vorleistungsquote*</i>	%	54,9	58,2	53,3	.	.
7.	Bruttoanlageinvestitionen	Mio. DM	413	291	459	431	.
II.	Produktionssparten mit hohen Umsatzanteilen						
	Zeitungsverlage (am Umsatz des Verlagsgewerbes)	%	80,4		81,9	81,3	81,4
	Druckereien, ohne Zeitungsdruckereien (am Umsatz des Druckgewerbes)	%	77,7	71,8	73,1	74,6	77,0
III.	Anteile der Branche am Verarbeitenden Gewerbe^f Ostdeutschlands:						
	Beschäftigte	%	3,4	3,5	3,7	3,5	3,6
	Umsatz	%	3,3	3,5	3,4	3,3	3,3
	Auslandsumsatz	%	0,7	0,8	0,7	0,6	0,6
	Bruttowertschöpfung*	%	5,6	5,3	5,7	.	.
	Bruttoanlageinvestitionen	%	2,8	2,0	3,2	3,2	.
IV.	Ausgewählte Ost/West-Vergleichsdaten:						
1.	Arbeitsproduktivität ^{g*}	O 1 000 DM	94,8	95,6	113,4	.	.
		W 1 000 DM	113,3	118,0	.	.	.
2.	Anteil der Kosten am Bruttoproduktionswert ^{c*}	O %	98,8	99,8	92,7	.	.
		W %	94,8	94,5	94,2	.	.
3.	Lohnstückkosten ^{h*}	O %	58,7	61,3	52,3	.	.
		W %	57,8	57,8	.	.	.
4.	Löhne und Gehälter je Beschäftigten	O 1 000 DM	55,5	58,3	58,7	59,6	59,9
		W 1 000 DM	65,3	67,7	67,7	69,0	70,3
5.	Bruttoanlageinvestitionen je Beschäftigten ⁱ	O 1 000 DM	20,8	15,1	23,2	22,2	.
		W 1 000 DM	12,0	11,6	10,9	12,9	.

^a Einschließlich Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern; Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr, außer:

* Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr. – ^b Einschließlich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehöriger. – ^c Ohne Umsatzsteuer. –

^d Für Druckerzeugnisse, Vervielfältigungen. – ^e Unbereinigt, in jeweiligen Preisen. – ^f Ohne Verlagsgewerbe und ohne Recyclinggewerbe. –

^g Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen, je Beschäftigten. – ^h Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zur Bruttowertschöpfung (unbereinigt), in jeweiligen Preisen. – ⁱ Beschäftigtenzahl: September des jeweiligen Jahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.